



Sendung vom 12.4.2011, 20.15 Uhr

Theresa Schopper
Landesvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen Bayern
im Gespräch mit Corinna Spies

- Spies:** Herzlich willkommen zum alpha-Forum, verehrte Zuschauerinnen und Zuschauer. Gast im Studio ist heute Theresa Schopper, Landesvorsitzende der bayerischen Grünen, Mitglied im Parteirat der Grünen, Mitglied im Bayerischen Landtag und dort gesundheitspolitische Sprecherin der Grünen und Mitglied im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit. Ich glaube, jetzt habe ich die wichtigsten Ämter beieinander.
- Schopper:** Ja, da ist fast alles beisammen.
- Spies:** Bevor wir zu der Frage kommen, wie es für Sie dazu kam, muss ich einfach ein bisschen in die aktuelle Situation springen. Wie haben Sie diesen Wahlsieg in Baden-Württemberg erlebt und die Tatsache, dass es dort jetzt eine grün-rote – und zwar in genau dieser Reihenfolge – Landesregierung und damit den ersten grünen Ministerpräsidenten in Deutschland geben wird?
- Schopper:** Das war wirklich ein historischer Abend! Auf der einen Seite habe ich mich natürlich unglaublich gefreut, weil ich ja weiß, wie viel Mühe hinter so einem Wahlkampf steht und wie viel Anstrengung und Arbeit. Und diese ganze Anspannung entlädt sich dann eben an so einem Abend. Auf der anderen Seite habe ich aber schon auch so ein Stück Demut empfunden und ein Gespür für die Verantwortung. Denn es ist schon eine riesige Aufgabe, die nun auf Winfried Kretschmann lastet. Man spürt sie und kann sie mit Händen greifen, diese Erwartungen, die nun an ihn und sein Team und auch an die grün-rote Regierung gerichtet sind. Da müssen nun Zeichen gesetzt werden in einem doch sehr, sehr konservativ geprägten Land.
- Spies:** Einer der Hintergründe für diesen Wahlsieg der Grünen ist ja doch ein sehr negatives Ereignis gewesen, nämlich die Naturkatastrophe in Japan und der Atom-GAU, der als Folge daraus entstanden ist. Dieser GAU hat in der deutschen Politik insgesamt eine große Kehrtwende ausgelöst. Aber zu diesem Thema kommen wir später noch ausführlich. Vor inzwischen fast schon wieder 30 Jahren haben Sie angefangen, sich bei den Grünen zu engagieren. Das ist eine lange Strecke: Hätten Sie sich damals vorstellen können, dass es eines Tages so weit kommen würde?
- Schopper:** Man ging damals zu den Grünen, weil man an einer Bewegung mit teilhaben wollte. Ich war erschrocken über das Baumsterben, ich war erschrocken darüber, dass im Rhein keine Fische mehr geschwommen

sind, ich war erschrocken darüber, dass es in der deutschen Politik überhaupt kein Gespür für die Umweltproblematik gab, dass sich dieses Land wieder unglaublich hochgerüstet hatte und dass die Frauen in der Politik keine Rolle spielten. Das war so ein Bündel von Gründen, warum ich damals zu den Grünen gegangen bin. Wir waren damals ja wirklich Außenseiter: Man hat draußen auf dem Land fast die Straßenseite gewechselt, wenn einem auf dem Bürgersteig ein Grüner entgegen gekommen ist. Dass wir heute stehen, wo wir stehen, hätten wir damals selbst in den kühnsten Träumen nicht zu denken gewagt.

Spies: Ist Ihnen denn die Politik in die Wiege gelegt worden? Sie sind in Füssen geboren, also im Allgäu, und wuchsen dann in einer Arbeiterfamilie auf. Wie kann man sich das vorstellen? Was heißt das genau, in einer Arbeiterfamilie in Füssen aufgewachsen zu sein? Was hat Ihr Vater – denn er wird vermutlich der Arbeiter in der Familie gewesen sein – beruflich gemacht?

Schopper: Mein Vater war ursprünglich gelernter Spengler, hat aber in diesem Beruf nicht gearbeitet, sondern war Fabrikarbeiter in einer Textilfabrik in Füssen. Meine Mutter kam ursprünglich vom Bauernhof und hatte keinen Beruf gelernt: Sie hat wirklich keinen Beruf lernen dürfen, denn das durfte man damals als Bauerntochter nicht. Sie war dann auch Arbeiterin in der Fabrik. Und so bin ich eben entsprechend aufgewachsen: Wir wohnten in der Fabriksiedlung und die Eltern von allen Kindern um mich herum haben in dieser Fabrik gearbeitet. Eine politische Familie waren wir eigentlich überhaupt nicht. Mein Großvater und meine Großmutter väterlicherseits waren sehr in der Gewerkschaft engagiert, womit sie wohl Tag und Nacht beschäftigt waren. Meine Oma habe ich leider nicht mehr kennengelernt, aber man hat mir immer wieder gesagt, dass ich ihr sehr, sehr ähnlich bin. Mein Vater und alle seine Geschwister waren jedoch von diesem Engagement der Eltern, das in der Familie immer wieder rauf und runter diskutiert worden ist, eher abgeschreckt, sodass dann bei uns zu Hause Politik überhaupt kein Thema war.

Spies: Wie kam es dann dazu, dass Sie sich engagieren wollten?

Schopper: Bei mir war es so, dass ich über den Sozialkundeunterricht dazu gekommen bin. In der Schule – ich ging aufs Gymnasium in Hohenschwangau – hatten wir einen tollen Lehrer, der mein Interesse für dieses Thema geweckt hat. Ich fand das auf einmal sehr, sehr spannend. Ich bin dann als 16-, 17-Jährige immer wieder in die Füssener Stadtbibliothek geradelt und hab mir dort Bücher über den Bundesrat, über die politischen Systeme usw. geholt. Ich habe diese Bücher alle gelesen und fand das unglaublich spannend. Aus dem Grund habe ich mich dann auch engagiert, allerdings nicht in einer Partei, denn damals hat es in Füssen nur die Junge Union gegeben. Die Junge Union war aber bei uns damals eher eine Sekte, eine komplette Außenseiterposition, denn mit der Jungen Union an sich hatte das eigentlich nichts zu tun: Das war wirklich eine Sekte, die auch bis heute in Füssen als Sekte lebt. Das war daher ganz klar kein Thema für mich: Da wollte ich keinesfalls hin. Ich habe deswegen zuerst einmal alleine vor mich hingemacht. Ich habe Zeitung gelesen, habe mich für die Politik interessiert und dann erst einmal angefangen, die Grünen zu wählen.

Spies: Man muss dazu vielleicht sagen, dass diese Sekte damals die Junge Union unterwanderte.

Schopper: Genau.

Spies: Das ist diese berüchtigte Wankmiller-Sekte. Politisches Engagement und Interesse gehen ja nicht nur über den Kopf, über das Lesen, über den Fernseher usw. Stattdessen hat das doch auch immer mit Eindrücken, mit Lebenserfahrungen zu tun, die man auch als Kind und Jugendlicher bereits gemacht hat. Hatte Ihr Engagement also auch mit Ihrem persönlichen Umfeld zu tun, sodass Sie das Gefühl hatten, dass sich da etwas ändern müsse? Haben Sie Ungerechtigkeiten erlebt? Haben Sie eventuell auch den Gegensatz zwischen den Begütertern und den weniger Begüterten erlebt?

Schopper: Das kann ich so gar nicht sagen. Ich hatte wirklich eine sehr, sehr glückliche Kindheit, in der ich viel draußen gespielt habe, in der ich im Sommer am Schwansee gebadet habe. Ich bin unterhalb des Königsschlusses zur Schule gegangen: Da war ein Internat mit dabei und in diesem Internat hat es eben auch viele Kinder aus sehr begüterten Familien gegeben. Aber ich hatte da nie das Gefühl von "die da oben" und "wir da unten". Meine Eltern haben mir auch nie das Gefühl vermittelt, dass das irgendwie die besseren Leute wären. Solche Gedanken kannte ich also gar nicht und hatte daher auch keinerlei Sozialneid oder irgendwie das Gefühl: "Mensch, warum haben die so viel und ich so wenig?" Stattdessen war es einfach so, dass ich unbedingt aufs Gymnasium gehen wollte. Ich war auch die Erste aus der Familie, die das gemacht hat. Ich war zwar ganz gut in der Schule, aber es war nicht so, dass man deswegen bei mir zu Hause in der Familie gesagt hätte: "Dieses Kind muss aufs Gymnasium!" Nein, es war so, dass ich selbst das so gewollt habe. Als sich in der vierten Klasse alle gemeldet haben, die aufs Gymnasium gehen wollten, habe ich gesehen, wer da alles mit dabei ist, und deswegen habe ich mich dann auch gemeldet. Zu Hause fing dann eine Diskussion darüber an: "Warum willst du aufs Gymnasium gehen? Ein Mädchen muss doch nicht aus Gymnasium gehen? Geh doch lieber auf die Realschule, dann kannst du jeden Morgen viel länger schlafen, weil die bei uns direkt um die Ecke ist." Aber ich wollte das unbedingt, also bin ich dann aufs Gymnasium gekommen. Das lag daran, dass ich das so gewollt habe.

Spies: Nach dem Abitur sind Sie dann auch ziemlich schnell nach München zum Studieren gekommen. Sie wollten also raus aus dem Allgäu?

Schopper: Ja, das wollte ich wirklich gerne. Füssen ist eine sehr schöne Stadt und ich fahre auch heute noch gerne hin: Sie liegt schön, ist nett und ist behütet. Aber ich wollte nach München: Das war mein Ziel. Witzigerweise stand das bereits in der Abiturzeitung drin. Ich hatte das für mich selbst eigentlich gar nicht so empfunden, aber in unserer Abiturzeitung hat immer jeweils einer über jemand anderen ein kleines Gedicht geschrieben. Bei mir stand drin, dass ich eines Tages in die Politik gehen werde, dass ich nach München gehen werde usw. Das hatte ich für mich selbst noch gar nicht so realisiert, aber anscheinend habe ich doch ganz stark diesen Eindruck vermittelt. Gut, ich war auch Klassensprecherin gewesen und habe mich dabei dafür eingesetzt, dass es gerecht zugeht in der Klasse und bei den Benotungen.

Aber dass ich eines Tages in die Politik gehen würde, hätte ich damals vehement von mir gewiesen.

Spies: Und dennoch sind Sie dann in München sehr schnell zu den Grünen gekommen.

Schopper: Ja, Ende 1982 waren Landtagswahlen und da sind die Grünen mit 4,6 Prozent nur ganz knapp gescheitert. Ich habe mir das zu Hause in der Wohngemeinschaft im Studentenwohnheim – draußen in der Studentenstadt – im Fernsehen angesehen und mir gedacht: "Mei, das ist jetzt direkt schad! Nur 0,4 Prozent haben gefehlt! Da gehe ich jetzt direkt mal hin!" Und so bin ich zu den Grünen gekommen.

Spies: Sie gingen also hin, weil Sie sich gedacht haben: "Da muss sich was ändern!"

Schopper: Ach, ich hatte keineswegs das Gefühl, dass da jetzt mit mir diese entscheidenden 0,4 Prozent dazukommen. Das hatte eher mit dem Motto zu tun, nicht nur zu Hause sitzen zu wollen, zu wählen und dann die Daumen zu drücken. Ich wollte mich selbst engagieren und selbst mit einsteigen in diese Bewegung.

Spies: Irgendetwas in der Richtung müssen Sie jedenfalls an sich haben, denn unter Ihrem Vorsitz – den Sie ja nicht alleine machen, sondern mit einem Mann an Ihrer Seite, wie das bei den Grünen üblich ist – haben die Grünen im Jahr 2008 in Bayern einen rasanten Wahlsieg errungen. Seit 2003 haben Sie diesen Vorsitz inne und von daher kann das nicht so ganz ohne Erfolg gewesen sein, was Sie gemacht haben. Neben Ihrem beginnenden politischen Engagement haben Sie damals aber auch studiert. Wie jeder, der sich mit Ihrer Lebensgeschichte beschäftigt, muss ich nun auf diesen einen interessanten Punkt kommen: Sie haben nicht nur Ihr Soziologiestudium mit dem Diplom abgeschlossen und auch Psychologie studiert, sondern Sie haben auch noch dieses in Ihrem Fall höchst interessante Fach Kriminologie studiert. Da fragt sich natürlich jeder Journalist sofort: Was steckt hinter diesem Interesse? Ich habe nachgelesen, dass Sie sich dabei speziell für Jugendkriminalität interessiert haben. Wie kam es dazu? Weil die Grünen damals irgendwie geächtet wurden?

Schopper: Nein, das glaube ich nicht. Ich war damals schlicht und ergreifend auf der Suche nach einem dritten Nebenfach: Was mache ich neben Soziologie und Psychologie noch? Ich war dann kurz mal in den Kommunikationswissenschaften, in der Volkswirtschaftslehre usw. Aber irgendwie hatte ich das Gefühl, dass das alles nicht richtig passt in meinem Fall. Durch eine Arbeit über Täterverhalten und Täter-Opfer-Ausgleich bin ich dann eines Tages zu den Kriminologen gekommen. Da habe ich vom ersten Moment an gewusst: Das ist es! Ich habe dann auch alles umgestellt in meinem Studium und z. B. meine Diplomarbeit in Soziologie im Grunde genommen in einem kriminologischen Bereich gemacht. Mich hat dieses Thema richtig gepackt: Warum werden junge Menschen kriminell? Was kann man daran ändern? Welche Hilfemöglichkeiten gibt es? Wie schaut der Strafvollzug für Jugendliche aus? Und mich hat dann auch und vor allem die Frage der jungen Mädchen interessiert, weil Frauen in der Kriminalität nun einmal andere Delikte begehen und auch andere Rollen übernehmen als Männer. Mich hat es enorm interessiert, auf diesem Gebiet

der Frage nachzugehen, warum Frauen als Kriminelle noch einmal eine andere Rolle spielen als Männer, warum Frauen in Bezug auf das Thema Gewalt ganz anders sind, warum bei Frauen die Delikte ganz andere sind als bei den Männern. Das hat mich wirklich gepackt und auf diese Weise habe ich noch einmal einen richtigen Schwung bekommen, um dieses Studium durchzuziehen und es dann auch mit Freude mit dem Diplom abzuschließen.

Spies: Aber im Grunde genommen war das bereits eine Auseinandersetzung mit Machtstrukturen.

Schopper: Ja, das stimmt. Ich war dann auch in Aichach in der Justizvollzugsanstalt für Frauen und dort vor allem im Bereich der Mädchen. Ich habe mir dort viele Biografien angeschaut, viele Tiefeninterviews geführt usw. Ich konnte ja jeden Abend raus – das war ein richtiges Privileg. Ich habe gemerkt, wie gut es mir tut, wenn sich der Schlüssel umdreht und ich die JVA verlassen und wieder ins Leben treten darf. Ich habe damals gelernt, dass viele Mädchen, die dort einsaßen, einfach keine Chance hatten. Sie kamen auf die Welt und man hätte ihnen schon bei der Geburt einen Zettel in die Wiege legen können: "16 Jahre später wirst du in der JVA landen! Dein Weg ist vorbestimmt!" Natürlich ist das nicht ganz monokausal und deswegen habe ich mir immer wieder überlegt, an welcher Wegmarke man das Ganze eigentlich noch hätte drehen, abwenden können: An welchem Punkt hat es eine Weggabelung gegeben, die dann zu einem anderen Ergebnis geführt hätte? Klar war jedenfalls, dass viele dieser Mädchen eine völlig zerrüttete Biografie hinter sich hatten: Da gab es nie so etwas wie Liebe oder eine Chance auf ein besseres Leben, eine Chance, das eigene Leben ein wenig anders zu gestalten.

Spies: Da verwundert es einen dann nicht, dass Sie sich in der Politik sehr schnell als Sozialpolitikerin profiliert haben. Aber da muss es eigentlich schon vor der Beschäftigung mit jugendlichen Strafträgern eine Sensibilität für dieses Thema gegeben haben: Irgendwo ist diese Sensibilität gesät worden.

Schopper: Das hatte sicherlich auch mit meinem Elternhaus zu tun. Ich stamme aus einem Elternhaus, in dem man schon genau rechnen musste, damit am Monatsende das Geld noch reicht. Ich konnte als Kind nicht immerzu sagen: "Ich möchte dieses und will dort mitfahren usw." Ich habe auch schon sehr früh angefangen zu arbeiten. Ich habe mit 13 Jahren angefangen, als Zimmermädchen auf einer Berghütte zu arbeiten, um selbst ein bisschen Geld zu haben. Trotzdem mussten wir bei uns zu Hause immer mit einem spitzen Stift rechnen, was man sich leisten kann und was nicht. So etwas prägt und ich wusste schon sehr früh, dass das in vielen Familien so ist und dass es für viele Kinder auf ihre Forderung "ich will ..." nur lapidar heißt: "Nein, das geht nicht!" Das ist schon ein Punkt, der mir wichtig ist bis heute. Deswegen will ich das auch in die Politik reinspiegeln und dabei geht es eben nicht um irgendeine Neiddebatte oder darum, dass da manche Leute den Hals einfach nicht voll genug bekommen. Diese ganze Sozialhilfedebatte hat mich immer schon unglaublich geärgert, wenn da immer wieder von einem "Hängematten-Syndrom" gesprochen wurde und behauptet wurde, Sozialhilfeempfänger seien einfach nur faul. Das hat mich immer schon richtig geärgert, weil das einfach nicht stimmt. Viele Leute haben einfach nie eine wirkliche Chance. Sie müssen dann halt im

Rahmen ihrer Möglichkeiten schauen, wie sie zurecht kommen. Ich finde, man muss hier vor allem die Kinder stärker unterstützen, damit sie ihr Leben anders in die Hand nehmen können. Ich selbst hatte das Glück, und dafür bin ich nach wie vor den Sozialdemokraten sehr dankbar, genau in der Phase in der Schule gewesen zu sein, in der eben nicht nur die Apothekertochter aufs Gymnasium gehen konnte, sondern auch ein Kind aus einer Arbeiterfamilie, weil es damals einen regelrechten Bildungsaufbruch gegeben hat. Das habe ich wohl irgendwie gespürt und mir gedacht: "Auf diesen Zug springe ich auch auf!"

Spies:

Das heißt, Sie waren dann in den 70er Jahren auf dem Gymnasium. Das war die Zeit, in der dann so langsam auch die grüne Bewegung entstanden ist. Beinahe hätte ich jetzt gesagt, so einfach kann Politik sein, aber so einfach ist es eben nicht immer. Daran kann man jedenfalls sehen, wie wichtig es ist, diese Dinge politisch zu gestalten. Und vielleicht bekommt man ja jetzt in diesem Gespräch auch ein bisschen ein Gefühl dafür, warum gerade Sie die Politik gepackt hat. Sie haben nun bereits einige Jahrzehnte hinter sich, in denen Sie selbst Politik gemacht haben. Würden Sie der Aussage von Hubert Kleinert zustimmen, dem Vordenker der Grünen und Politikwissenschaftler, der kürzlich behauptet hat – und wahrscheinlich denkt nicht nur er so –, dass die Grünen eine Mittelschichtpartei sind und nie zu einer Volkspartei werden können, dass es da also Grenzen des Wachstums für die Grünen gibt? Sehen Sie das auch so oder sind die Grünen womöglich in der Lage, eines Tages auch die SPD zu ersetzen? Das frage ich jetzt ausdrücklich die Sozialpolitikerin der Grünen.

Schopper:

Ich glaube auch nicht, dass wir zu einer Volkspartei werden können, da würde ich Hubert Kleinert schon recht geben. Wir haben innerparteilich eine immer sehr selbstkritische Auseinandersetzungskultur und stoßen sicherlich auch mit der Art, wie wir unsere Themen angehen, an Grenzen. Die Frage ist also für mich nicht, ob wir die Sozialdemokraten überholen, wie das nun in Baden-Württemberg gelungen und wie es gemäß einiger Umfragen immer wieder mal der Fall zu sein scheint. Insgesamt stellt sich für mich viel mehr die Frage, ob nicht die Volksparteien an den Rand Ihrer Machbarkeit stoßen. Die Sozialdemokraten haben seit längerer Zeit das Problem, ihren Markenkern entsprechend präsentieren zu können. Sie haben einen gewissen Verlust an Glaubwürdigkeit in der zurückliegenden Regierungsphase hinnehmen müssen. Das wirkt einfach noch nach für die SPD. Wir Grünen sind da mit unserer politischen Herangehensweise besser aus der Regierung gekommen. Auch wie wir uns nun in der Opposition aufgestellt haben, hat dazu geführt, dass wir den Sozialdemokraten heute in Sachen Glaubwürdigkeit einfach voraus sind.

Spies:

Das ist nun eine ganz interessante Frage und diese Frage stellt sich eben genau jetzt, da die Grünen so erfolgreich sind und quasi als die einzige politische Hoffnung überhaupt gelten, nachdem die anderen Parteien so viel Vertrauen verspielt haben. Aber kann es nicht sein, dass die Grünen nach dieser rot-grünen Regierungskoalition in Berlin einfach auch ein bisschen im Windschatten existiert haben, im Windschatten vor allem der veränderten Sozialgesetzgebung? Sie haben Hartz IV in der Regierung mitgetragen, aber in der Wählergunst wurden danach dann vor allem die Sozialdemokraten dafür abgestraft. Kann es sein, dass die Grünen heute deshalb so gut dastehen, weil die Sozialpolitik gerade ein Stück weit in den

Hintergrund gedrängt worden ist, weil manches andere wie die Energiepolitik, die Atomenergie so in den Vordergrund getreten sind? Auch die Finanzkrise ist ja noch nicht überstanden, wenngleich selbstverständlich klar ist, dass die Finanzkrise letztlich auch Auswirkungen auf die Sozialpolitik hat. Im Moment sind das jedenfalls die großen Themen. Da können die Grünen zumindest an einer Stelle groß punkten. Kann es sein, dass da letztlich doch eine erhebliche sozialpolitische Schwäche vorhanden ist bei den Grünen, dass die Partei diese vielen Schichten der Bevölkerung gar nicht repräsentieren kann?

Schopper:

Wir hatten in der Auseinandersetzung um die Änderungen in den Sozialgesetzbüchern z. B. massiv darum gekämpft, dass die Sozialhilfe und die Arbeitslosenhilfe zusammengelegt werden. Wir haben das sehr wohl als Gerechtigkeitsproblem gesehen. Sicher, der Kern der Sozialpolitikerinnen und Sozialpolitiker innerhalb der Grünen ist wesentlich kleiner als innerhalb der SPD. Das ist nun einmal die Bewegung, die die SPD bis heute getragen hat. Deswegen ist es einfach so, dass dann, wenn in der Regierungspolitik der SPD auf diesem Gebiet etwas als Fehler wahrgenommen wird, dies der SPD als unverzeihlich vorgeworfen wird. Im ökologischen Bereich wäre das bei uns ganz bestimmt genauso. Aber nichtsdestotrotz: Wir haben diese Hartz-Reformen immer verteidigt. Ich weiß noch, dass zum Wahlkampf der SPD hier in Bayern praktisch kein SPD-Minister aus Berlin eingeladen wurde, weil man gesagt hat: "Die zeigen wir lieber gar nicht vor!" Wir hingegen waren diesbezüglich sehr offensiv und haben immer wieder gesagt: "Das ist schwierig, wir müssen da einen Umbau machen, weil wir dann, wenn wir so weitermachen wie bisher, an eine Grenze stoßen. Deswegen muss ein Umbau passieren." Dass uns das nicht so sehr angelastet worden ist, hat sicherlich auch damit zu tun, dass das einfach nicht zu unserem Markenkern gehört. Auf der anderen Seite wurde uns hinsichtlich der ganzen ökologischen Fragen immer wieder vorgeworfen, wir seien doch nur eine Schönwetterpartei, denn Ökologie müsse man sich doch zuerst einmal leisten können usw. Das waren die Dinge, bei denen Edmund Stoiber im Grunde genommen seinen Kardinalfehler gemacht hat in seinem Kanzlerwahlkampf: Er hat in seinem Schattenkabinett für die Umweltpolitik gleich gar niemanden benannt, weil es das seiner Meinung nach eh nicht braucht. Aber im Laufe der letzten Jahre wurde immer klarer, dass das eben keine Sache ist, die man halt mal so nebenbei machen kann, dass es da nicht um die Frage geht, ob man sich beim nächsten Einkauf vielleicht auch mal eine Ökobutter leistet oder ob man vielleicht auch mal einen Urlaub im Bereich des sanften Tourismus macht. Nein, dieses ganze Thema hat eben auch massiv mit unserer Wirtschaftspolitik zu tun, es hat massiv mit dem Bewahren unserer Lebensgrundlagen zu tun. Wenn wir in der Ökologie versagen, dann rächt sich das sehr, sehr bitter auch auf wirtschaftlichem Gebiet. Das muss ja nicht so sein und das wird bei uns auch hoffentlich nie so sein wie bei der Katastrophe, die wir momentan leider in Fukushima in Japan miterleben müssen, aber es reicht, wenn wir da in ganz alltäglichen Bereichen versagen. Wenn unser Boden verseucht ist durch übertriebene Düngung, dann gelangen diese Stoffe ins Wasser und wir müssen mit enormem technischen Aufwand dieses Wasser wieder reinigen. Unser sozusagen konservativer Ansatz, die Umwelt zu bewahren und zu schützen, ist daher inzwischen ein ganz harter politischer Faktor geworden.

Spies: Das führt auch sehr schnell zur Frage der wirtschafts- und finanzpolitischen Kompetenz der Grünen. Einer Partei, die nun ein ganzes Bundesland regiert, darf man solche Fragen durchaus stellen – und vor allem einer Partei, die von manchen nun sogar schon ins Kanzleramt geredet wird, was aber vielleicht doch ein bisschen übertrieben ist. Den Grünen, die man ganz bestimmt nicht mehr als Orchideenpartei bezeichnen kann, wird ja von den konservativen Parteien vorgeworfen, sie hätten auf dem wirtschafts- und finanzpolitischen Sektor absolut keinerlei Kompetenz. Sehen Sie auch hier die Grünen auf dem Vormarsch? Denn diese Zusammenhänge zu erkennen, ist das eine, sie jedoch auch dem Wähler plausibel machen und "verkaufen" zu können, ist etwas anderes.

Schopper: Mich hat es sehr gefreut, dass das Wirtschaftsblatt "Financial Times Deutschland" uns anlässlich der Europawahl den Stempel aufgedrückt hat, dass gerade wir beim Umgang mit der Finanzkrise und im Hinblick auf wirtschaftspolitische Konzepte im Grunde genommen die modernste Partei in Deutschland und deshalb auf dem Vormarsch wären. Ich habe schon den Eindruck, dass zwischen dem, was wir intern erarbeiten, und dem, was die Menschen im Hinblick auf die Wirtschaftspolitik mit uns verbinden, durchaus noch eine Lücke klafft. Diese Lücke zu schließen, ist eine immense Herausforderung, der wir nachkommen müssen. Denn in Zeiten, in denen die Menschen wirtschaftliche Sorgen plagen, ist der Punkt, wenn man in wirtschaftspolitischen Fragen das Vertrauen schenkt, mit der entscheidendste bei einer Wahlauseinandersetzung. Wir haben da aber auch wirklich sehr, sehr gute Leute. Auf der Bundesebene sind das z. B. Fritz Kuhn, Christine Scheel, im Europaparlament sind Sven Giegold und Reinhard Bütikofer: Das sind alles Menschen, die innerhalb der Grünen schon sehr lange Wirtschafts- und Finanzpolitik machen. Wir haben Konzepte, die sehr mittelstandsorientiert sind: Das liegt daran, dass im Mittelstand die meisten Arbeitsplätze zu finden sind. Im Bereich der Ökologie werden wir ja als sehr stark empfunden: Diesen Bereich nun mit der Ökonomie zu verbinden, ist die eigentliche Herausforderung. Wir müssen es als Grüne schaffen, dass wir in unserer wirtschaftspolitischen Verantwortung wahrgenommen werden. Ich denke, da wird Winfried Kretschmann deutlich machen müssen und können, dass in einem wirtschaftlich prosperierenden Bundesland, wie es Baden-Württemberg ja ist, eine grün-rote Wirtschaftspolitik die Zeichen weiterhin auf "plus" stellen kann.

Spies: Das wäre dann der Testfall auch für Bayern für die Wahl im Jahr 2013. Gehen wir mal zu dieser Vision einer schwarz-grünen Regierung in Bayern. Im Moment ist es ja eher so, dass die CSU sozusagen im Vorwahlkampf zu dieser Landtagswahl klar machen möchte, sie sei im Zusammenhang mit der Atomenergiepolitik die bessere grüne Partei. Sehen Sie eine Möglichkeit für Schwarz-Grün? Würden Sie sich das wünschen? Welches Ministeramt würden Sie dann bekleiden wollen?

Schopper: Ich finde es immer recht amüsant, wenn jemand, der noch vor vier Wochen der Kernkraft vehement das Wort geredet hat, unter dem Eindruck von Fukushima unter völliger Geschichtsvergessenheit leidet und behauptet, die CSU sei nie eine Kernkraftpartei gewesen. Da muss man sich dann schon fragen, was das soll. Die Leute wissen aber doch alle, dass die CSU über lange Zeit mit der Motor gewesen ist bei der Förderung der Kernkraft und

die Sache mit der Verlängerung der Laufzeiten sehr wohl mit angeschoben hat. Ich denke, man kann, und das gestehe ich jedem zu, aufgrund eines solchen Debakels, wie wir es in Japan erleben, aufgrund eines solchen GAUs sehr wohl mit dem Umdenken beginnen und sagen, dass wir hier bei uns die Atomkraft auf den Prüfstand stellen müssen. Ich will die CSU dann aber auch erst an den Taten messen, ich will sie daran messen, ob sie das dann auch tatsächlich macht oder ob sie im verbalen Wettlauf nur den Mund spitzt und dann doch nicht zum Pfeifen kommt. Das ist mein Maß, das ich da anlege. Aber ansonsten leben wir momentan nicht in einer Zeit, in der wir über eine schwarz-grüne Regierung in Bayern reden müssen. Wir machen einfach unseren Job im Bayerischen Landtag und werden unsere Konzepte deutlich machen, wie wir uns vorstellen, wie man ein Land wie Bayern eigentlich regieren kann und muss. Das wird in den nächsten Jahren unsere Aufgabe sein, um das Vertrauen der Menschen dafür zu gewinnen, dass Grüne in Bayern eines Tages auch in der Landesregierung etwas Vernünftiges zustande bringen können. Ich glaube, das ist der Punkt, an dem wir momentan sind – und es ist nicht die Zeit zu spekulieren, wer mit wem kann und wer welches Ministeramt bekommt usw. Das Fell des Bären gilt es erst dann zu verteilen, wenn der Bär am Wahlabend auch tatsächlich erlegt ist. Wir Grüne sagen jedenfalls immer, dass es uns darauf ankommt, was letztlich an grüner Politik herauskommt. Und genau daran werden wir ja auch gemessen.

Spies: Ist es denn eine falsche Erwartung des Wählers, von einer Partei im Vorhinein eine klare Koalitionsaussage zu verlangen? Vielleicht ist das ja sogar eine antidemokratische Erwartung. Ist das vielleicht nur eine Spannungserwartung des Publikums, die jedoch mit Realpolitik, mit Mehrheitsfindungen und Regierungsbildungen in der Demokratie möglicherweise gar nichts zu tun hat?

Schopper: Wir haben für uns vor einiger Zeit gesagt, dass wir in Zukunft vor allem den Kurs der Eigenständigkeit fahren werden. Wir sagen also: Was wollen wir als Grüne in der Regierung durchsetzen? Und dann suchen wir uns dafür einen Partner oder versuchen, in Gesprächen auszuloten, was tatsächlich an grüner Politik umzusetzen wäre. Wichtig ist, dass wir von den Grünen nicht in diesen Wettlauf der Versprechungen eintreten. Denn so etwas nehmen einem die Menschen ja ohnehin nicht mehr ab – vor allem auch deshalb, weil sie mit der FDP diesbezüglich wirklich schlechte Erfahrungen gemacht haben. Ich finde es daher wichtig, dass wir Grüne nicht "Freibier für alle" versprechen, ohne zu wissen, ob wir überhaupt einen Wirt haben, der das bezahlen könnte. Ich glaube, es ist wichtig für unsere Demokratie, den Menschen klar zu machen, was grüne Politik ist und dass genau diese Politik dann auch umgesetzt werden wird. Das ist die Herausforderung, die wir für 2013 schaffen müssen. Sich jetzt schon festzulegen, dass wir keinesfalls mit der CSU zusammengehen oder dass wir definitiv nur ein Vierer- oder Dreierbündnis machen werden, stößt die Menschen eher ab. Sie wollen vielmehr wissen, was tatsächlich an grüner Politik passieren wird, wenn sie uns wählen.

Spies: Es ist ja so, dass Sie sich nicht nur keine Gedanken machen über ein mögliches Ministeramt in Bayern, denn es geht hier in München um etwas anderes: Die Wahl zum Münchner Oberbürgermeister steht an, und zwar im Jahr 2014. Sie selbst gehören jedenfalls in Ihrer Partei zu den

ernsthaften potentiellen Kandidatinnen und Kandidaten, denn noch haben die Grünen ja keinen Kandidaten aufgestellt. Derzeit gibt es einen innerparteilichen Konflikt über das Verfahren, wie das passieren soll. Aber ganz unabhängig davon, wie das Ganze ausgeht: Wäre das ein Traumjob für Sie, Oberbürgermeisterin von München?

Schopper:

In einer Millionenstadt wie München, die ja auch gleichzeitig Landeshauptstadt ist und als solche auch immer den Stachel im Fleisch der schwarzen Landesregierung darstellt, ist es natürlich reizvoll, so ein Amt zu bekleiden. Aber es geht gar nicht darum, ob das reizvoll ist oder nicht. Für die Grünen ist hier einfach eine große Chance vorhanden: Die Karten werden nun neu gemischt, da der bisherige Oberbürgermeister Ude aus Altersgründen nicht mehr antreten kann. Wir können und werden bei dieser Wahl ein ernstes Wort mitreden. Für die Grünen gilt es nun auszuloten, welche Kandidatin, welcher Kandidat dabei die größten Siegchancen hat. In welcher Konstellation könnten wir diese riesige Herausforderung tatsächlich schaffen? Das ist der Punkt. Ich wohne gerne in München, ich bin seit 30 Jahren hier: München ist nach dem Allgäu meine zweite Heimat geworden. Meine Kinder sind hier geboren, meine Familie lebt hier: Ja, so ein Amt wäre schön, aber das ist nicht die Frage, sondern das werden wir anderweitig entscheiden. Ich denke, wir werden da sicher zu einer guten Lösung kommen.

Spies:

Das würde vermutlich nicht nur schön sein, sondern ganz sicher auch schön anstrengend. Wir werden sehen, wie das ausgeht. Kommen wir zur Frage des "Wie" in der Politik und zu der Frage, wie sich die Wähler vorstellen, wie Politiker agieren müssten, wie Demokratie funktionieren sollte und wie es an manchen Stellen wirklich ist – und eben nicht so, wie sich das der Wähler vorstellt. Wie sieht es denn bei den Grünen mit dem Politikstil aus, wie mit dem Stil des Umgangs untereinander? Denn genau das spielt ja jetzt bei der Diskussion um das Kandidatenfindungsverfahren ebenfalls eine Rolle. Würden Sie denn behaupten, dass die Grünen einen anderen Stil in die Politik eingeführt haben? Oder haben sie das lediglich mal versucht und sind inzwischen längst eine ganz normale Partei geworden? Sind der Umgangston und die Umgangsweise innerhalb der Partei besser als in anderen Parteien, weil die Grünen sich vorgenommen haben, genau das eben anders zu machen und weil sie an manchen Stellen eben nicht konventionell agieren? Ich denke hier an die z. T. ja noch immer gültige Devise der Trennung von Amt und Mandat. Gerade Sie sind dafür jetzt aber ein schlechtes Beispiel, weil Sie beides innehaben. Aber prinzipiell sind die Machtstrukturen innerhalb der Partei bis heute ein Thema geblieben. Es geht den Grünen immer wieder darum, genau diese zu brechen.

Schopper:

Die Grünen haben seit der Zeit ihrer Gründung bis heute im Hinblick auf den Umgang untereinander selbstverständlich eine Entwicklung durchgemacht und auch viele Häutungen erlebt. Am Anfang, also bei der Parteigründung, wollten alle die Welt retten, aber innerparteilich hatten wir einen sehr, sehr rabiaten Umgang miteinander. Der Tonfall war da oft – zu oft – sehr, sehr harsch. Ich weiß gar nicht, ob ich das alles heute noch einmal so mitmachen möchte, was wir damals an Auseinandersetzungen hatten. Aber das hat sich nach und nach auch verändert: Die Partei ist erwachsen geworden. Heute haben wir einen viel rationaleren Umgang miteinander.

Aber ich glaube, den Grünen ist immer noch wichtig, nicht nur mit den Bürgerinnen und Bürgern eine Politik auf Augenhöhe zu machen, sondern sie auch mit einzubeziehen. Wir haben bei uns intern einfach nicht die Struktur, dass da "oben" gepfiffen wird und "unten" das ganze Lied dann ähnlich noch einmal gesungen wird. Stattdessen haben wir einen hervorragenden Beteiligungsprozess innerhalb der Partei: Wir haben immer enorm lebhaft und streitbare Debatten auf unseren Parteitag. Bei uns werden die Listen nicht so aufgestellt, dass da im Vorfeld der Vorstand festlegt, wer welchen Platz bekommt, sondern bei uns wird z. B. bei einer Bundestags- oder Landtagsliste wirklich um jeden Platz gekämpft. Das macht einfach einen Unterschied zu anderen Parteien. Aber wir sehen hier nicht nur unseren innerparteilichen Prozess, sondern wir versuchen auch, die Bürgerinnen und Bürger stärker mitzunehmen und zu beteiligen. Denn ich glaube, dass dann die Akzeptanz für bestimmte Projekte einfach größer wird. Manchmal ist das umständlich, das stimmt, aber in der Regel ist das die lohnendere Art und Weise, die Politik nach draußen zu verdeutlichen. Dass diesbezüglich andere von uns lernen, kann man inzwischen auch sehen, denn die anderen Parteien haben mittlerweile erkannt, dass es innerparteilich zu Monotonie und Langeweile führt, wenn die Macht immer nur ganz simpel von oben nach unten durchdekliniert wird. Die CSU versucht nun allüberall Foren zu machen, damit sie ein wenig moderner wird. Ja, ich glaube schon, dass da andere eher versuchen, von uns zu lernen, als dass wir nun auf dem gegenteiligen Weg wären, alles von oben zu bestimmen. Natürlich brauchen wir Führung, das ist ein wichtiger Punkt. Es ist wichtig, eine Orientierung zu geben: Das ist eine der Aufgaben eines Parteivorstands. Aber es ist schon so, dass bei uns die Debatten nie abgeschlossen sind, sondern es gibt immer wieder neue Anstöße für eine Debatte.

Spies: Was, meinen Sie, ist da in Ihrem Temperament vorhanden, das es Ihnen möglich macht, das alles über so eine lange Strecke und trotz dieser harten Anfangszeiten so gut zu bewältigen, wie es ganz offenbar den Anschein hat?

Schopper: Was mir immer geholfen hat, ist mein Humor, und dass ich auch irgendwann sagen kann: "Jetzt ist es aber wieder gut!" Ich habe versucht, in einer Auseinandersetzung nie unter die Gürtellinie zu gehen. Ich glaube, mit dieser Art und Weise habe ich es immer hinbekommen, dass auch die Angriffe auf mich meistens oberhalb der Gürtellinie geblieben sind. Und ich versuche schon auch, ein ausgleichender Charakter innerhalb der Grünen zu sein, ein Mensch, der versucht, alle mitzunehmen. Ich denke, das ist zwar manchmal anstrengend, aber immerhin habe ich diesen Weg so weit doch ganz gut hinbekommen.

Spies: Wir befinden uns ja in einem historischen Jahr, wir feiern nämlich 100 Jahre Internationaler Frauentag – jedenfalls gemäß der offiziellen Rechnung. Sie selbst feiern auch einen Ehrentag in diesem Jahr, nämlich einen runden Geburtstag. Beim Gedanken an den Umgang innerhalb der Partei drängt sich natürlich die Frage auf, wie die Frauen bei den Grünen miteinander umgehen. Ist diese Partei auch deshalb etwas Besonderes, weil in ihr so viele Frauen eine Chance bekommen haben, weil in dieser Partei die Augenhöhe zwischen Männern und Frauen von Anfang an vorhanden war? Konkurrieren Frauen mit anderen Mitteln? Konkurrieren sie friedlicher,

konkurrieren sie womöglich schlimmer als Männer? Wie verhalten sich Frauen in der Politik? Gestalten sie Politik wirklich anders oder lernen sie das womöglich erst jetzt? Wie haben Sie das erlebt?

Schopper:

Ich finde, dass die Grünen mit der Einführung der Quote, mit der Feminisierung der Politik einen sehr guten Weg eingeschlagen haben. Wir waren die Ersten, die einen reinen Frauenvorstand hatte, wir hatten in der Hamburger Bürgerschaft sogar zum ersten Mal eine reine Frauenliste. Das waren damals für viele Männer ja noch unvorstellbare Dinge, es war für sie unvorstellbar, dass sich die Frauen einfach das Recht nehmen zu sagen: "Das können wir auch! Das machen wir jetzt und das machen wir auch gut!" Die Quotendiskussion bei uns Grünen empfand ich daher auch immer eher als ein Schubsen in Ämter. Es war für viele Frauen etwas sehr Wichtiges, dass man innerparteilich gesagt hat: "So, jetzt müssen wir für dieses Amt eine Frau finden! Wir müssen also innerhalb unserer Mitgliedschaft schauen, wo es diese Frau gibt. Wir werden sie dann auch fördern und dafür sorgen, bei uns in der Partei nicht nur stellvertretend für die Frauen Politik gemacht wird, sondern dass die Frauen das selbst machen!" Ich habe es immer als wohltuend empfunden, dass es bei uns auch viele starke Frauen gegeben hat und gibt. Ich mache mir aber nichts vor: Natürlich hat es auch bei uns – wie überall in der Politik – lange Zeit Männerbünde gegeben: Das war auf Bundesebene der "Club der Wichtigen". Das muss man der Ehrlichkeit halber schon zugeben. Wer da nicht drin war – und da waren ganz bestimmt nur sehr wenige Frauen drin –, der hatte eher schlechte Karten. Hier ist die grüne Partei also auch nicht besser als andere Parteien. Aber ich glaube, unser Vorzug ist wirklich, dass wir einfach sehr, sehr viele Frauen bei uns in der Partei haben. Diese Angst, wo denn nun die Frauen abgeblieben sind, die es manchmal in anderen Parteien gibt, die gibt es bei uns nicht. Wir können wirklich aus einer Vielzahl von sehr, sehr guten Frauen schöpfen und müssen uns wirklich keinerlei Gedanken darüber machen, dass wir entsprechende Posten nicht besetzen könnten. Der Umgang der Frauen untereinander? Ich glaube nicht, dass wir so sehr viel besser sind. Wir haben aber auch keinen Zickenkrieg, wie immer ganz schnell behauptet wird, wenn Frauen in Konkurrenz zueinander stehen. Ich glaube, wir machen das in vielen Bereichen wirklich sehr souverän. Natürlich gibt es auch Konkurrenzen, denn wenn man einen Posten haben möchte und es gibt mehrere Bewerberinnen, dann ist die Konkurrenz ganz einfach gesetzt. Aber ich finde, das machen wir sehr souverän. Und der innerparteiliche Umgang? Ob Mann oder Frau, spielt da keine so große Rolle. Jedenfalls haben sich da schon viele ihre Verletzungen abgeholt. Aber ich denke, das lässt sich in der Politik einfach nicht vermeiden.

Spies:

Ich würde zum Schluss jetzt gerne auf ein Thema kommen, dass ein wirklich originär grünes Thema ist. Sie sind ja auch Mitglied im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit des Bayerischen Landtags. Glauben Sie an die Atomwende? Selbstverständlich streben die Grünen diese Wende an und sie haben das auch schon mal zusammen mit der SPD in Gesetzesform gegossen. Aber glauben Sie daran, dass dieser Schock von Fukushima tatsächlich zu einer ernsthaften Veränderung führen wird? Denn die Menschheit vergisst ja gerne und schnell auch solche Gefahren, auch solche Ereignisse. Welchen Zeitraum geben Sie der deutschen Politik, bis sie den Ausstieg tatsächlich geschafft hat?

- Schopper:** Bei diesem Moratorium jetzt, für drei Monate die alten Meiler vom Netz zu nehmen, muss man schon sehr genau hinsehen, was danach kommt. Es kommt wirklich darauf an, ob dann Brüderle recht behält, dass das ganze Moratorium nur dem Wahlkampf geschuldet ist, oder ob tatsächlich die Ernsthaftigkeit obsiegt, die jetzt z. B. Herr Söder an den Tag legt.
- Spies:** Sie beziehen sich damit auf die Äußerungen des Bundeswirtschaftsministers, das Moratorium sei einfach nur ein Wahlkampfmanöver.
- Schopper:** Ja, genau. Für mich stellt sich die Situation so dar: wann, wenn nicht jetzt? Man hat ja nun gesehen, dass das auch in einem hochtechnisierten Land wie Japan nicht funktioniert, obwohl man uns doch immer vorgemacht hat, dass dort alles beherrschbar ist, dass dort das Restrisiko der Kernenergie, das wir immer beschrieben haben, beherrschbar sei. Für uns war hingegen immer schon klar, dass es bei dieser Technologie auch in hochtechnisierten Ländern ein Restrisiko gibt. Und jetzt haben wir das leider, wirklich leider schwarz auf weiß bestätigt bekommen. Ich glaube, das muss zu einer Umkehr führen: Das ist die letzte Chance, um tatsächlich nicht nur in Deutschland, sondern weltweit im Energiebereich umzusteuern und wegzugehen von diesen gefährlichen Technologien. Und Deutschland muss damit anfangen. Wir müssen in unserem Land dafür sorgen, dass das gemacht wird. Wir müssen dafür sorgen, dass die alten Meiler nicht mehr ans Netz kommen, wir müssen versuchen, mit erneuerbaren Energien tatsächlich eine Energiewende hinzubekommen. Und wir müssen selbstverständlich auch Energie sparen, und zwar mit effizienteren Methoden. Ich denke, dass das in dem Zeitraum machbar ist, den wir ursprünglich mal beschrieben haben – und wenn möglich, soll es sogar schneller gehen. Ich glaube, das ist jetzt das Gebot und die Lehre aus Fukushima.
- Spies:** Die Bürger auf der Straße haben laut einer Umfrage – schon vor dem Bundeswirtschaftsminister – mehrheitlich gesagt, das Moratorium sei nur ein Wahlkampfmanöver. Das heißt, das Vertrauen des Bürgers in die Politik ist in Deutschland, wie vielfach besprochen, nicht mehr so groß: Man glaubt den Politikern einfach nicht mehr. Glauben Sie, dass unter diesem Vertrauensverlust bzw. dieser Bereitschaft zum Misstrauen letztlich auch eine grün-rote Landesregierung in Baden-Württemberg scheitern könnte?
- Schopper:** Die Frage der Glaubwürdigkeit ist für die Grünen eine ganz elementare Frage. Bei allen Umfragen bestätigen uns die Bürger, dass wir im Grunde genommen die glaubwürdigste Partei sind. Das ist unser Pfund! Denn das Vertrauen in die Politik ist vielfach massiv geschwunden, nur bei den Grünen sagen die Menschen in Deutschland: "Denen glauben wir, was sie sagen." Wenn wir also in Baden-Württemberg Versprechungen machen sollten, die wir nicht halten können, dann gibt es diese Gefahr selbstverständlich auch für Grün-Rot. Deswegen sage ich immer: Ich kann den Mund nur so voll nehmen, dass ich es dann auch tatsächlich runterschlucken kann – oder verwirklichen kann. Man darf also nicht einfach irgendwelche Sachen versprechen, obwohl das im Wahlkampf natürlich schon sehr verlockend ist. Das ist eine Methode, die oft genug funktioniert, wenn man sich die Wahlergebnisse anschaut. Diesem Reiz und dieser Versuchung nicht zu erliegen, finde ich einen ganz wichtigen Punkt, für den

ich bei den Grünen auch immer stehe: Ich kann nur das versprechen, was ich auch umsetzen kann. Denn ich möchte mir am Morgen und am Abend immer noch ins Gesicht schauen können, wenn ich vor dem Spiegel stehe. Deswegen möchte ich in der Politik niemals etwas versprechen, was nie im Leben eintreten wird. Das ist für die Grünen der Dreh- und Angelpunkt, um tatsächlich erfolgreich zu sein in der Politik und weiterhin dieses Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zu genießen. Dieses Vertrauen muss man sich jeden Tag neu erkämpfen. Wenn man sich anhört, was morgens in der S-Bahn die Leute über die Politik sagen, dann denke ich mir schon: "Menschenskinder, da liegt inzwischen aber schon ganz schön viel zerschlagenes Porzellan am Boden." Es ist wichtig, dass wir Grünen hier sagen: "Leute, lasst uns das mal alles zusammenkehren und sehen, wie wir das gemeinsam voranbringen können. Denn es geht nur gemeinsam." Dieses Land lebt von der Demokratie, dieses Land lebt davon, dass sich alle mit daran beteiligen und nicht nur darauf warten, was in der "Tagesschau" über sie ergeht. Das Wichtigste ist stattdessen, dass sie mit dabei sind. Das ist es, was die Grünen mitbefördern müssen – aber auch die anderen Parteien.

Spies: Frau Schopper, vielen Dank für dieses Gespräch, wir könnten es tatsächlich noch viel länger führen. Danke für Ihr Kommen, und Ihnen, verehrte Zuschauerinnen und Zuschauer, danke für Ihre Aufmerksamkeit. Bis zum nächsten Mal, auf Wiedersehen.